

Bildung ist für Alle da!

Bericht über unsere öffentliche Fraktionssitzung vom 18. März

Am 18. März hatten wir wieder zu einer öffentlichen Fraktionssitzung eingeladen. Diesmal wollten wir uns mit unseren Gästen über das Thema Bildung unterhalten. Als Podiumsgäste hatten wir den Vorsitzenden des Kreiselternrates (KER), Thomas Brewig, sowie die Vorsitzende des Behindertenbeirates und Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Inklusion in Sachsen, Julia Wunsch, eingeladen.

Gleich zu Beginn waren sich alle einig, dass es viele Baustellen im Chemnitzer Bildungssystem gibt. Diese kann man aber nicht alleine angehen, sondern braucht eine breite Unterstützung sowohl im Stadtrat als auch auf Landesebene. Bestes Beispiel hierfür ist die Ausbildung von Lehrkräften, wo sich im Podium alle einig waren, dass es dafür an der TU Chemnitz mehr Ressourcen braucht. Dass es jetzt dafür ein breites Bündnis aus Kreiselternrat, versch. Parteien, dem Lehrerverband und der Gewerkschaft gibt, macht Mut, dass sich hier endlich etwas bewegen wird.

Julia Wunsch machte deutlich, wie wichtig Inklusion ist, dies aber nicht auf Zwang beruhen darf. Man darf aber auch nicht endlos auf die optimalen Rahmenbedingungen warten. Ein erster Schritt wäre es Schwerpunktschulen einzurichten, die



optimal auf die Bedürfnisse der Schüler:innen eingehen können. Aber auch hier braucht es mehr Sonderpädagog:innen, woran es derzeit mangelt. In dem Zusammenhang wurden dann auch das Thema Einzelfallhelfer:innen debattiert und das Problem, dass diese nur das ihnen zugewiesene Kind betreuen und anderen nicht mit kurz helfen dürfen. Genauso problematisch ist es, dass wenn die Einzelfallhelfer:innen aufgrund Krankheit ausfallen, die Kinder dann nicht mehr unterrichtet werden und zuhause bleiben müssen. Hier braucht es neue Ansätze, wie z.B. die Öffnung der Einzelfallhelfer:innen als Inklusionshelfer:innen für die ganze Schule.

Ein weiteres Problem ist aktuell die fehlende Schulnetzpla-

nung. Unsere Stadträtin Sabine Brünler kritisierte hier stark die Stadtverwaltung, welche die Fortschreibung eigentlich schon im Dezember 2023 angekündigt hatte. Aber weder der Stadtrat, geschweige denn Eltern oder die Schulen selbst wissen, wie es zukünftig weitergehen soll. Dabei sind die Problemlagen hier vielfältig: Wie schaffen wir Platz für die steigenden Schüler:innenzahlen an den Gymnasien? Schaffen wir mehr Auslagerungsobjekte um mehr Schulsanierungen durchführen zu können und wenn ja, wo? Was passiert mit der ausgelagerten Annenschule? Das sind nur einige Fragen, denen wir als Fraktion weiter nachgehen werden. Auch der Kreiselternrat kritisierte hier die Intransparenz und die mangelnden Informationen, da auch er ständig Nachfragen

von Eltern bekommt, die er aber nicht beantworten kann.

Ein nächstes Debattenthema, war die Aussage des Kultusministers Herrn Piwarz, der sich über die „Demographie-Rendite“ und ihre positiven Auswirkungen freut. Im Podium waren sich alle einig, dass das völlig falsch ist. Auch wenn es weniger Schüler:innen gibt, fehlt es trotzdem massiv an Lehrkräften. Hier muss genau darauf geachtet werden, dass Klassen oder Schulen nicht geschlossen werden.

In der anschließenden Diskussion mit den Gästen war ein Thema vorrangig: multiprofessionelle Teams an den Schulen. Dabei geht es darum, dass

an Schulen die Lehrer:innen durch verschiedene Fachkräfte mit unterstützt werden, wie bspw. durch Schulsozialarbeit, Inklusion- und Integrationsassistent:innen und Schulassistent:innen sowie Schulverwaltungsassistent:innen. Unsere Stadträtin Sabine Brünler bemängelte hier die Unterschiede zwischen den Schulen. Während einige Schulen gut ausgestattet sind mit vielen Professionen, haben manche Schulen gar niemanden zur Unterstützung oder nur eine:n Schulsozialarbeiter:in. Sie kritisierte hier auch das Land, welches nur Oberschulen mit Schulsozialarbeit finanziell unterstützt. Dabei gibt es an allen Schularten verschiedenste Problemlagen, die mit Schulsozialarbeit gelöst werden könn-

ten. Dies bekräftigte auch Herr Brewig, der betonte, wenn in den Grundschulen schon auffällige Schüler:innen durchrutschen durch das System, kommt es uns später noch teurer.

Zum Schluss bekräftigte Julia Wunsch noch einmal, dass Inklusion uns alle etwas angeht und allen damit auch geholfen ist. Thomas Brewig unterstützte sie dabei und meinte, die Zeit der Ausflüchte ist vorbei. Man sollte endlich einfach mal machen. Wir haben als Fraktion auf alle Fälle wieder viele Anregungen mitnehmen können, die wir in unsere parlamentarische Arbeit einfließen lassen.

Einblick in eine lebensrettende Arbeit

Unser Besuch bei der Integrierten Regionalleitstelle und der Feuerwehr

Was geschieht eigentlich zwischen dem Absetzen eines Notrufs und dem Eintreffen der Rettungskräfte? Diese Frage führte uns zu einem informativen Besuch bei der Integrierten Regionalleitstelle (IRLS) und der Feuerwehr Chemnitz. Dort erhielten wir einen tiefen Einblick in die entscheidende und anspruchsvolle Arbeit, die hinter den Kulissen geleistet wird.

Die IRLS koordiniert Notrufe in Chemnitz, Mittelsachsen und dem Erzgebirgskreis, mit 78 Disponent:innen, die im Schichtbetrieb für die Organisation von Einsätzen zuständig sind. Sie entscheidet nach Notrufeingang, welche Kräfte – bei medizinischen Notfällen, Unfällen oder Bränden – benötigt werden und wo. Die präzise Ermittlung des Standorts und die ständige Kommunikation sind für schnelle Hilfe es-

sentiell.

Im selben Gebäudekomplex befindet sich auch die Feuerwehr Chemnitz, die nicht nur für die Bekämpfung von Bränden zuständig ist, sondern auch technische Hilfeleistungen und präventive Maßnahmen wie Sicherheitsinspektionen oder die Brandschutzerziehung der Bevölkerung übernimmt. Bei der Chemnitzer Feuerwehr wird auf jeden Fall kein Kaffee kalt: Im Jahr 2022 hatten die 435 hauptamtlichen Mitarbeiter:innen, darunter 33 Frauen, unterstützt von 368 ehrenamtlich Aktiven aus den freiwilligen Feuerwehren, mehr als 17.000 Alarmierungen zu bewältigen. Unser Besuch machte uns die Wichtigkeit



und die Herausforderungen der Arbeit der Disponent:innen und der Rettungskräfte noch einmal deutlich. An dieser Stelle möchten wir ein großes Dankeschön für ihre unermüdliche Arbeit aussprechen und dafür, dass sie Tag für Tag Menschenleben in Chemnitz retten.

Aus dem Stadtrat — Zusammenfassung vom 31. Januar

Auch wenn die Tagesordnung kurz war, versprach die Sitzung des Stadtrates im Januar spannend zu werden. Gleich zu Beginn waren in den aktuellen **Fraktionserklärungen** die großen Demos gegen Rechts und die Enthüllungen des Recherchenetzwerkes correctiv bzgl. der Deportationsplänen von Teilen der AfD, ein großes Thema. Während die AfD versuchte sich eine Opferrolle zu geben, machte unsere Fraktionsvorsitzende Susanne Schaper deutlich: „Hier müssen wir als demokratische Stadträt:innen gemeinsam mit der Zivilgesellschaft weiter zusammenstehen, die Stadt gestalten und uns nicht rückwärts entwickeln sowie Menschenverachtung eine Absage erteilen. Für uns alle muss es heißen: Nie wieder ist jetzt!“

Im Anschluss wurde über drei Verwaltungsvorlagen abgestimmt, welche alle eine Mehrheit fanden. So darf sich der ASR erneut an der Ausschreibung der dualen Systeme für die Sammlung und den Transport von Leichtverpackungen beteiligen. In der Stadtbibliothek wird es eine moderate Anhebung der Gebühren geben. Zudem wurde eine Fläche am Rand von Einsiedel bzw. Altenhain als Bauland freigegeben.

Auch unser Beschlussantrag aus 2023 zum Thema **Stellenabbau in der Verwaltung** war Thema. In einer ausführlichen Informationsvorlage zeigt die Verwaltung auf, wo Stellen nicht wiederbesetzt wurden, Arbeitszeitreduzierung zu Stellenkürzungen geführt haben, aber auch wo Stellen aufgestockt wurden aufgrund sich verändernder Situationen.

Unseren Antrag „**Kommunales Europa**“ begründete Klaus Bartl folgendermaßen: „Mithin ist Europapolitik auch über weite Strecken Kommunalpolitik. In vielfältigen Prozessen, wie sie sich in den Kommunen, mithin auch in unserer Stadt Chemnitz vollziehen, ist die Europäische Union immer mit dabei: Ob es um die Versorgung mit Wasser, Strom oder Gas, um Vergabeverfahren, um Schulneubau, um die Planung und Fortentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs, die Regional- und Förderpolitik oder beispielsweise bezogen auf den ländlichen Raum um Landwirtschaftspolitik geht. Fakt ist, dass derzeit ein großer Teil der EU-Regelungen mit unmittelbaren Auswirkungen auf die Kommunen ohne deren direkte Beteiligung beschlossen werden.“ Aufgrund zahlreicher Nachfragen, haben wir den Antrag in den Ausschuss zur weiteren Beratung zurücküberwiesen.

Unseren Antrag zur Eingliederung des **Schauplatzes Eisenbahn** in den Zweckverband Sächsisches Industriemuseum hatten wir aufgrund weiteren Beratungsbedarfes zurückgezogen. Wir hoffen, dass wir in einer der nächsten Stadtratsitzungen darüber beraten können und eine Mehrheit bekommen.

Eine große Mehrheit bekam im Anschluss unser Antrag „**Bessere Anbindung des Stausee Oberrabenstein an den öffentlichen Personennahverkehr/Regionalverkehr**“. Warum dies so wichtig ist, begründete unser Fraktionsmitglied Heiko Schinkitz: „Wir sollten uns der Tatsache bewusst sein, dass für viele Kinder und Jugendliche unserer

Stadt der Stausee im Sommer der Urlaubsort schlecht hin ist. Wir wissen auch, dass wir mit dem Stausee auch das Wildgatter, die Burg Rabenstein, den Kletterwald, den Campingplatz, das Golfbad, die Minigolf-Anlage und den Rabensteiner Wald besser durch den ÖPNV erschließen würden. Ein Regionalbus im Stundentakt ist absolut zu wenig.“ Im Mai erfahren wir hoffentlich das Ergebnis, welches eine Verbesserung der Anbindung in den Sommermonaten vorsieht.

Eine größere Debatte gab es zum Antrag „**Personelle Absicherung der vom BAMF refinanzierten Integrations- und Deutschkurse** in der Volkshochschule“, den wir gemeinsam mit Grünen und SPD eingereicht hatten. Damit forderten wir die Verwaltung auf, den Kursleiter:innen auch ab Juli 2024 eine berufliche Perspektive zu geben. Denn „Sprache ist ein wichtiger Stützpfeiler für eine gelungene Integration und zu viele Anbieter haben sich schon vom Markt zurückgezogen, so dass wir das Angebot und die dazugehörigen Fachkräfte in der VHS dringend brauchen“ begründete Sabine Brünler noch einmal das wichtige Anliegen.

Die Ablehnung des letzten Antrages der AfD, für eine Gedenktafel am Geburtshaus von Jutta Müller, erläuterte Sabine Brünler kurz und knapp: „Gemeinsam in Absprache mit der Familie und Frau Müllers Weggefährten wird gerade ein würdiges Gedenken in vielfältigster Weise auf den Weg gebracht. Da brauchen wir die AfD hier als Trittbrettfahrer nicht.“

Aus dem Stadtrat — Zusammenfassung vom 13. März

Nicht immer nur das Negative betonen, sondern auch mal das Gute. Getreu diesem Motto beglückwünschte unsere Fraktionsvorsitzende Susanne Schaper zu Beginn ihrer **Fraktionserklärung** den Schwimmer Stev Theloke zu seinem Erfolg bei den World Aquatics Masters Championship und Maxi Klötzer aus dem Boxclub Chemnitz zu ihrem Einzug ins Halbfinale des Qualifikationsturniers, welche sich damit das Ticket für die Olympischen Spiele in Paris sicherte. Genauso positiv hob sie das gemeinsame Positionspapier des Kreiselterrates zusammen mit dem Sächsischen Lehrerverband und 6 Parteien hervor: „Statt sich auf das Trennende zu konzentrieren, haben sich hier Vertreter:innen zusammengesetzt und geschaut, was eint uns denn. Wie können wir gemeinsam das Schulsystem für unsere Kinder noch verbessern. Nun gilt es an uns hier im Stadtrat aber auch im Landtag, diese Forderungen aufzunehmen und zur Umsetzung zu bringen.“

Im weiteren Verlauf wurden zwei neue sachkundige Einwohner:innen in den Kulturbeirat und den Kulturausschuss gewählt, die Verwaltungskostensatzung sowie Wasserwehrsatzung beschlossen, weitere Mittel für das Freibad Bernsdorf sowie die Baumaßnahme an der Müllerstraße/Nordstraße freigegeben, verschiedene Baubeschlüsse gefasst und die Förderung von Einzelbranchen beschlossen.

Aufgrund weiteren Beratungsbedarfes haben wir unsere Anträge zum Kommunalen Europa, der Bekämpfung von Hitzeeinseln und der Fortschreibung des Gleichstellungsaktionspla-

nes erst vertagen lassen.

Den Antrag der SPD für ein **Stadtbeleuchtungskonzept** haben wir zugestimmt. „Gut ausgeleuchtete Wege schaffen Sicherheit und angstfreie Räume. Leider hat sich bei der Beleuchtung von Spielplätzen, wie von uns 2019 schon gefordert, bis heute immer noch nichts getan. Was schade ist, wenn man den Zugewinn an Sicherheit auf unseren Chemnitzer Spielplätzen und den umliegenden Wegen in Betracht zieht. Ich hoffe, dass wenn der Antrag heute eine Mehrheit bekommt, auch dieser Vorschlag wieder mit geprüft wird.“ begründete Sabine Brünler unser positives Votum.

Leider fand der Antrag der Grünen für mehr **mobiles Stadtgrün**, trotz unserer Zustimmung, keine Mehrheit. Dabei erfreuen sich zumindest in der Innenstadt die „grünen Sitzbänke“ großer Beliebtheit und ein Ausbau hätte zu mehr Klimafreundlichkeit führen können.

Frauen in der Wissenschaft mehr zu repräsentieren; das war das Anliegen unseres Antrages gemeinsam mit SPD und Grünen die **Unibibliothek nach Minna Simon zu benennen**. Dazu soll der Oberbürgermeister sich mit dem Rektor der TU in Verbindung setzen. „Minna Simon gilt als erste Streikführerin der deutschen Geschichte, beim Streik der Arbeiterinnen und Arbeiter der Chemnitzer Aktienspinnerei von 1883. Unser Antrag erhöht die Frauenquote bei der Benennung von Orten an unserer Technischen Universität. Gerade im Wissenschaftsbetrieb braucht es eine stärkere Sichtbarmachung von Frauen. Gute

Vorbilder gibt es genug. Wenn aber bisher unsere Uni-Gebäude nach Wissenschaftlern benannt wurden, dann nur nach Männern.“ erläuterte Susanne Schaper unser Anliegen. Der Antrag wurde dann von einer Mehrheit des Stadtrates angenommen

„Eigentlich ist es ein Armutszeugnis, dass wir selbst im Rettungswesen inzwischen auf ehrenamtliche Strukturen zurückgreifen müssen, um vorhandene Lücken zu schließen. Eigentlich müssten wir den Rettungsdienst stärken mit mehr Personal sowie mehr und besser ausgestatteten Wachen, um im Notfall schneller bei den Betroffenen sein zu können. Aber wir sind auch realistisch. Bevor Bund und Land sich irgendwann einig werden und Fördermaßnahmen ergreifen, müssen wir hier vor Ort schauen, was wir tun bzw. verbessern können.“ Mit diesen Worten erklärte Susanne Schaper unsere Zustimmung zum Antrag von CDU und FDP, hier in der Region das **System der Ersthelfer:innen** zu etablieren. Damit sollen fachkundige Personen vorab informiert werden und 1. Hilfe leisten können, bis der Rettungsdienst dann eintrifft. Der Antrag wurde vom Stadtrat angenommen.

Eine breite Ablehnung erhielt der Vorstoß von Pro Chemnitz, dass die Stadt aus dem Kulturhauptstadtprozess wieder aussteigt. Susanne Schaper meinte dazu: „Falls das ihr nächster Schritt war, den Kulturhauptstadtprozess – wie angekündigt – zu stören, so kann ich ihnen jetzt schon sagen, dass er kolossal scheitern wird. Denn wir lehnen, wie auch andere Fraktion hier im Raum,

diesen Antrag ab und freuen uns stattdessen wie viele Chemnitzerinnen und Chemnitzer auf das tolle Programm im nächsten Jahr.“

Zum Schluss konnten wir noch eine breite Zustimmung im Stadtrat zu unserem Antrag „Überführung der Förderung Bürgerzentrum Leipziger Stra-

ße 39“ bekommen, den wir gemeinsam mit FDP, SPD und Grünen eingereicht hatten. Ziel ist es das Bürgerzentrum langfristig zu erhalten und es über den Fördertopf für die Begegnungsstätten mit zu finanzieren. Sabine Brünler fasste die Wichtigkeit dieses Anliegens kurz zusammen: „Wir haben

schon wenig solche Vorzeigeprojekte in unserer Stadt. Daher sollten wir diese unbedingt erhalten. Das bringt den Menschen vor Ort etwas, aber auch der Stadtverwaltung, weil die Mitarbeiter:innen dort u.a. beratende Arbeit leisten, die ansonsten die Verwaltung wieder übernehmen müsste.“

Kommunen bei Pflegekosten nicht alleine lassen

Immer mehr Menschen erhalten kommunale Unterstützung bei der Hilfe zur Pflege und der Finanzierung des Pflegeheimplatzes. 2023 waren es 658 Personen, die Hilfe zur Pflege erhalten haben, und damit 17% mehr als 2022. Die Kosten, die die Stadt Chemnitz insgesamt in dem Bereich hat, stiegen um 47% von rund 3,5 Mio. Euro im Jahr 2022 auf 5,1 Mio. Euro in 2023. Das ergab die Antwort der Stadtverwaltung auf eine Anfrage von uns.

Dazu erklärt Susanne Schaper, Fraktionsvorsitzende und Sprecherin für Gesundheit:

„Auch im Haushaltsjahr 2023 sind die Ausgaben der Stadt Chemnitz für die Zuzahlung zu Pflegeheimplätzen weiter gestiegen. Für ein würdevolles, vor Armut geschütztes Leben im Alter wird es endlich Zeit, die Bewohner:innen mit den Pflegekosten wirkungsvoll zu entlasten, u.a. durch eine Deckelung der Eigenanteile. Dies darf aber nicht zulasten der Kommunen gehen. Wir brauchen endlich eine bundeseinheitliche zukunftsichere Lösung, die alle pflegerischen Leistungen uneingeschränkt abdeckt. Bis diese Lösung auf Bundesebene geschaffen ist, muss die Landesregierung mehr unterstützen und die In-



vestitionskosten der Pflegeheim übernehmen.

Die Kommunen müssen immer mehr Aufgaben auch im sozialen Bereich übernehmen und abfedern, ohne eine größere finanzielle Unterstützung zu bekommen. Es wird Zeit die Kommunen endlich ihren Aufgaben entsprechend finanziell gut auszustatten. So kann es auf alle Fälle nicht weitergehen.“

Nein zur geplanten Bezahlkarte für Geflüchtete!

Ab April sollen Bundesländer und Kommunen die Bezahlkarte für Geflüchtete einführen. Dazu erklärt Carolin Juler, Sprecherin für Migration und Gleichstellung:

„Eine Bezahlkarte wie sie aktuell geplant ist, hält niemanden von der Flucht aus seinem Heimatland ab. Menschen flüchten, weil in ihrem Heimatland Krieg herrscht, sie um ihr Leben bangen oder es schlichtweg keine Versorgung mehr gibt. Die aktuelle Debatte schürt nur wieder Vorurteile und spielt rechten Kräften in die Hände.

Statt der geplanten staatlichen Kontrolle, über die Einkäufe und die Orte an denen sich Geflüchtete aufhalten, sollten Geflüchtete schnelleren Zugang auf ein eigenes Konto erhalten und selbstbestimmt entscheiden können, was und wo sie einkaufen.

Es ist gut, dass die Stadt hier keinen Schnellschuss mitmacht. Aber statt sich dem restriktiven System anzuschließen, sollte die Stadt Chemnitz in Betracht ziehen, die SocialCard einzuführen, wie es auch in Hannover der Fall ist. Mit der SocialCard

kann man in ganz Deutschland bezahlen und den Anbietern sowie Weiteren ist es nicht möglich, zu sehen, was von einer Person gekauft wurde was wichtig ist, wenn man Menschen nicht in ihrer Freiheit beschränken will. Die Karte könne dann eine Entlastung für die Verwaltungen und eine Möglichkeit der integrative Teilhabe für die Nutzer:innen sein. In Hannover scheint das zu funktionieren, die Stadt berichtet von guten Erfahrungen. Warum nicht also auch in Chemnitz?“

Fraktionsgemeinschaft unterwegs

Die Arbeit eine:r Stadträt:in besteht nicht nur aus Gremiensitzungen. Auch viele Termine außerhalb des Rathauses werden wahrgenommen. Hier ein kleiner Einblick, wo unsere Fraktionsmitglieder in den letzten Wochen überall unterwegs



Von links nach rechts: Besuch bei der Talsperre Euba; Richtfest des Garagen-Campus an der Zwickauer Straße; Übergabe unserer Begrüßungsgeschenke an Neugeborene; Wirtschaftspolitischer Frühschoppen der IHK; Gedenkveranstaltung im Park der Opfer des Faschismus; Veranstaltung des Seniorenpolitischen Netzwerk Chemnitz; Gedenkveranstaltung zum Chemnitzer Friedenstag; Eröffnung des IZDA (Internationales Zentrum für Demokratie und Aktion); Neujahresempfang der Stadtmission Chemnitz; Gespräch mit dem StadtSchülerRat; Verleihung des Stefan-Heym-Förderpreis.

Bürger:innensprechstunden

Rathaus, Markt 1, Zimmer 112a

09. April, 15:15 - 16:15 Uhr, Sandra Zabel
22. April, 15:00 - 16:00 Uhr, Susanne Schaper
13. Mai, 15:00 - 16:00 Uhr, Susanne Schaper
03. Juni, 14:00 - 15:00 Uhr, Susanne Schaper

Bürgertreff „bei Heckerts“, Wilhelm-Firl-Str. 23

10. April, 9:00 - 10:00 Uhr, Sabine Brünler
22. Mai, 9:00 - 10:00 Uhr, Sabine Brünler
12. Juni, 9:00 - 10:00 Uhr, Sabine Brünler

Rathaus Röhrsdorf, Rathausplatz 4

25. April, 16:30 - 17:30 Uhr, Hans-Joachim Siegel
16. Mai, 16:30 - 17:30 Uhr, Hans-Joachim Siegel

Kommunalpolitisches Forums Sachsen, Zietenstraße 60

30. April, 15:00 bis 16:00 Uhr, Sandra Zabel

Weitere Termine für Sprechstunden mit allen Fraktionsmitgliedern können per E-Mail oder telefonisch vereinbart werden.

Impressum

Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI im
Chemnitzer Stadtrat
Redaktion: Sabine Brünler, Geschäftsführerin
Markt 1, Zimmer 112 a
09111 Chemnitz

Telefon: 0371/488 13 20
E-Mail: linke.diepartei.fraktion@stadt-chemnitz.de
www.linksfraktion-chemnitz.de
facebook.de/FraktionDieLinkeChemnitz